

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

22.6.1861 (No. 145)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 22. Juni.

N. 145.

1861.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.
Einkaufsgebühr: die gestaltete Beilage oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Unsere auswärtigen H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den groß. Postexpeditionen mit Ende dieses Monats ablaufen. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 fr., und halbjährlich 4 fl. 8 fr., in allen anderen Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 fr., halbjährlich 4 fl. 45 fr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 21. Juni.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Höchster Entschliebung vom 19. d. M. den Geheimen Hofrath und Professor Dr. Robert von Mohl, unter Beförderung zum Geheimen Rathe II. Klasse, zu Höchstem Befandten am Deutschen Bundestag zu ernennen geruht.

Nicht-Amtlicher Theil.

Die badisch-deutsche Politik und die deutsche Presse.

Heidelberg, 15. Juni. Die Auffassung und Behandlung der deutschen Frage, wie sie jüngst in diesen Blättern hervortrat und mit den Tendenzen der badischen Regierung wohl im Allgemeinen übereinstimmt, hat Seitens der deutschen Presse eine Reihe Aufsätze hervorgerufen, in denen dieser Gegenstand mehr oder minder unmittelbar besprochen und, von verschiedenen Parteistandpunkten aus, mehr oder minder entschieden bald gebilligt, bald verurtheilt wird. Die Bemerkungen, mit denen Ihr Korrespondent diesen Aufsätzen hier entgegenzutreten sich berufen fühlt, beabsichtigen nicht sowohl eine Widerlegung der auf jene Politik gemachten einzelnen Angriffe, als vielmehr, gegenüber der theils unabsichtlich, theils absichtlich irrigen Auffassung Seitens der Beurtheiler, eine kurze Auseinandersetzung einiger der Ansichten, die, meines Erachtens, für dieselbe maßgebend gewesen sind und sein müssen. Ich werde mich dabei allerdings, in polemischer Weise, vorzugsweise auf die gegnerische Presse beziehen, und zwar namentlich auf zwei größere Aufsätze derselben: einen, betitelt „Die deutsche Frage und das Großherzogthum Baden“, in den „Stimmen der Zeit“ (Nr. 22), enthaltend eine Beurtheilung vom demokratisch-großdeutschen Standpunkt aus; den andern, vom bayrisch-großdeutschen Standpunkt aus geschriebenen, in der Augsburger „Allgem. Ztg.“ (1.—5. Juni), betitelt „Zur deutschen Frage“. Aber die mehr synkretische als analytische Widerlegungswiese, die ich mir, wie gesagt, hierbei vornehme, und die ich auch in Bezug auf die Fassung beider Aufsätze selbst für die einzig angemessene halte, wird hoffentlich zugleich dazu dienen, das Urtheil anderweitiger Gegner, ja theilweise vielleicht sogar dieses oder jenes Parteigenossen, zu berichtigen und aufzuklären.

Drei große Irrungen und Kurzsichtigkeiten sind es, glaube ich, auf die die falsche gegnerische Polemik sich gründet, und von denen gedeckt dieselbe Anschauungen und Bestrebungen zu bekämpfen wagt, die, richtig gewürdigt, nichts sind, als ihre angeblichen eigenen. Die erste dieser Irrungen besteht in dem der sogenannten kleindeutschen Partei vorgeworfenen einseitigen Unitarismus; die zweite im Verkennen des eigenthümlichen sittlichen Grundes der deutschen Bewegung; die dritte im Verwechseln der Bedürfnisse und Ansprüche des deutschen Particularismus mit denen unseres gegenwärtigen Bundesverhältnisses.

„Die kleindeutsche Partei ist ursprünglich und ihrem innersten Geiste nach nicht föderalistisch, sondern zentralistisch, unitarisch“, sagt der Verfasser des Aufsatzes in den „Stimmen der Zeit“; und hält an dieser Annahme so hartnäckig fest, daß er auch die föderalistischen Ansichten einer von ihm mit Beifall erwähnten und doch offenbar aus dem kleindeutschen Lager hervorgegangenen Schrift: „Die Vereinigten Staaten von Deutschland und ihr Verhältniß zu Europa“ nur als ein dem Bedürfnis des Augenblicks gemachtes Zugeständniß und als ein Uebergangsprogramm jener Partei gelten lassen will. Und doch hätte er sich, wenn er klarer gesehen hätte oder hätte sehen wollen, gerade aus dieser Schrift mehr als aus jeder andern eine

richtige Auffassung der Absichten der s. g. kleindeutschen Politik schöpfen können. Daß speziell Ihr Blatt den absoluten Einheitsstaat nicht will, und daß Sie das Unhaltbare dogmatischer Grundsätze der Reichsverfassung von 1849 eben so wenig übersehen, als bei den Neuterritorien Maximine unserer Bundesakte Verwahrung finden, darüber können Ihre wiederholten Erklärungen dem deutschen Publikum keinen Zweifel lassen; und selbst der Gegner in der „Allgem. Ztg.“ urtheilt hierin bereits richtiger, als der in den „Stimmen der Zeit“. Unsere Regierung bewegt sich, so weit ich sehe, auf derselben Linie. Ihre jüngst veröffentlichte Abstimmung am Bundestag über das Handelsrecht beweist, daß sie nicht gesonnen ist, für sich und die Stände auf das Recht der Gesetzgebung zu verzichten, und ihr Antrag in der Oberfeldherrnfrage, und noch mehr dessen Motive zeigen, daß, was die badische Regierung will, in der That nichts Geringeres ist, als eine durchgreifende Reform unserer Bundesverfassung im Sinn eines Bundesstaats, nichts Geringeres, als, aus den Mißbräuchen und Gefahren unseres fünfzigjährigen Interims heraus, die endliche Anbahnung von Einrichtungen und Zuständen, die, nach beiden Seiten gerecht, nicht minder die Bedürfnisse des Ganzen als der einzelnen Theile befriedigen sollen.

Dhne Frage, der Föderalismus hat in Deutschland sittliche wie geschichtliche Ansprüche und Rechte; aber diese finden sich auch in unserer Bundesakte vollkommen, und mehr als nothwendig, anerkannt und vertreten. Die deutsche Einheit dagegen hat auch Rechte und Ansprüche, und zwar noch sittlich-höhere und geschichtlich-ursprünglichere als der Föderalismus; und die Anerkennung und Vertretung dieser Rechte in unserer Bundesakte ist so unvollkommen, daß sie weder dem Bedürfnis unserer Sicherheit nach außen, noch dem unserer politischen Entwicklung nach innen Genüge leistet; ja, daß verschiedene, Seitens der Nation gemachte Verjüde einer weniger bedingten Geltendmachung jener Rechte noch bis vor kurzem Seitens der einzelnen Regierungen als Hochovertrath haben bezeichnet und verfolgt werden dürfen.

Daß hierauf dann im Jahr 1848 gewisse einseitige Ueberhebungen nach der andern Richtung stattfanden, war nur eine nothwendige und überdies sehr mäßige Folge jenes dreißigjährigen unnatürlichen Mißverhältnisses, ebenso wie dessen heutige Fortdauer, nicht minder nothwendig, verschiedene zu unbedingte unitarische Parteilichungen in der Presse und Gesellschaft, namentlich innerhalb des Nationalvereins, hervorgerufen hat, und sich vermittelst derselben, zum Besten des Föderalismus selbst, Luft zu machen sucht. Denn gewiß, wenn in diesem Augenblick noch Etwas die Gewaltthatigkeit eines gegen die Einseitigkeiten unserer Bundesverfassung gerichteten Rückschlages zu brechen vermag, so ist es ein solches freies Sichschlüpfen der unitarischen Aufregung im Gebiete der Gesellschaft, — und zugleich, hiermit verbunden, die politische Thätigkeit und Einsicht der deutschen Regierungen, die, wie die badische, jener Bewegung entgegenkommend, zwischen ihr und den bestehenden Verhältnissen zu vermitteln suchen. (Fortsetzung folgt.)

* Generalsynode.

Karlsruhe, 21. Juni. Der Generalsynode wurde folgender Gesetzentwurf, die Eintheilung der evang. prot. Pfarreien nach Einkommensklassen betreuend, zur Verathung zugestellt:

- 1) Die ev.-prot. Geistlichen haben auf den Genuss des Einkommens einer zur Bewerbung ausgeschriebenen Pfarrstelle nur nach Maßgabe ihres Dienstalters Anspruch.
- 2) Dieselben sind verpflichtet, bis zur Erreichung des betreffenden Dienstalters den über ihre Ansprüche hinausgehenden Theil des Einkommens der Pfarrstelle an die Centralpfarrkasse abzugeben.
- 3) Zur Befriedigung der Ansprüche der um eine Pfarrstelle sich bewerbenden Geistlichen und der denselben aufzuerlegenden Abgaben werden die Pfarrstellen in folgende 5 Klassen eingetheilt:

1. Kl. mit einem Einkommen bis mit — 800 fl.
2. „ „ „ „ von 801 fl. bis 1050 fl.
3. „ „ „ „ „ 1051 fl. bis 1300 fl.
4. „ „ „ „ „ 1301 fl. bis 1800 fl.
5. „ „ „ „ „ über 1800 fl.

4) Die Einreichung der einzelnen Pfarrstellen in die vorgeschriebenen Klassen geschieht durch die Oberkirchenbehörde jeweils für die Dauer von 10 Jahren nach dem Einkommen, welches sich unter Zugrundlegung der neuesten Kompetenzbeschreibung berechnet.

Die Naturalien werden nach den Durchschnittspreisen der vorausgegangenen 10 Jahre, die Güter nach ihrem durch Schätzung zu ermittelnden Pachtwerth angeschlagen.

Wohnung mit Hausgarten und Accidientien bleiben außer Berechnung.

5) Zum Genuss des ganzen Einkommens berechtigt: Bei der 1. Klasse jedes Dienstalter; „ „ 2. „ ein Dienstalter von mindestens 10 Jahren; „ „ 3. „ „ „ „ 18 „ „ „ 4. „ „ „ „ „ 24 „ „ „ 5. „ „ „ „ „ 30 „

Das Dienstalter wird von der Zeit der Aufnahme unter die Pfarrkandidaten gerechnet.

6) Die Oberkirchenbehörde bestimmt, mit Genehmigung des Großherzogs, in welchem Betrage und auf wie lange die von den Geistlichen zu übernehmenden Abgaben zur Centralpfarrkasse einzuzahlen sind.

Sie schreibt vor, in welchen Terminen dies zu geschehen hat.

7) Mit Rücksicht auf besondere örtliche oder persönliche Verhältnisse kann eine nach den §§. 2 und 6 zu bestimmende Abgabe ganz oder theilweise erlassen werden.

8) Die Verlängerung einer auferlegten Abgabe über die Zeit, in welcher der betreffende Geistliche das zum Bezug des ganzen Einkommens seiner Pfarrstelle berechtigende Dienstalter erreicht, findet statt, wenn derselbe sich mangelhafte Amtsführung oder unwürdiges Betragen hat zu Schulden kommen lassen.

9) Auf Pfarrstellen der 5. Klasse kann zu Gunsten der Centralpfarrkasse und des Wittwenstifts eine Abgabe gelegt werden, welche der betreffende Geistliche auch dann forszuentrichten hat, wenn er in das zum vollen Bezug des ganzen Einkommens berechtigende Dienstalter eintritt. Eine solche Abgabe soll aber ohne Zustimmung der Gemeinde nicht länger als 10 Jahre nacheinander der Pfärde auferlegt werden.

10) Die Mittel, welche der Centralpfarrkasse zufließen, werden nach Vorschrift des §. 102 der Verfassung zu Zulagen an einzelne Geistliche verwendet. Die Verwilligung von vorübergehenden Unterstüzungen aus dieser Kasse ist unzulässig.

Die Begründung werden wir nachfolgen lassen.

Deutschland.

Baden, 18. Juni. Mit der zweiten Hälfte dieses Monats hat die lebhaftere, geräuschvollere Zeit der Saison begonnen. Bereits am vorigen Montag fand der erste Ball statt in dem gewöhnlichen Lokale, dem Blumenstraße, neben welchem ein mit ausgesuchtem Geschmack neu restaurirter und ausgeschmückter Salon zum ersten Male geöffnet war. Dem Balle voran ging an demselben Abend in den neuen Sälen die erste musikalische Abendunterhaltung. Den großen musikalischen Reigen, der in jedem Sommer dem Badepublikum vorübergeführt wird, eröffnete diesmal ein glänzender Kreis von Künstlern; darunter der Violinist Laub, der Pianist Jaell und der Cellist Köhmann, Künstler, die ihren alten großen Ruf von neuem bewährten. Neu war für das hiesige Publikum Fräulein Juliette Borghese, eine Sänglerin, die mit einem anmuthigen Neupfer eine tüchtige Schule und reiche Mittel vereinigt, und die sich besonders durch den ungewöhnlichen Umfang ihrer Stimme auszeichnet. Ein Solist seltener Art wird sich heute dem Publikum produzieren: Hr. Colasanti, welcher heute Abend vor dem Konversationspaufe auf dem Doppelbilde zwei Solostücke vortragen wird. Nächsten Sonntag werden wir hier eine Art Sängersfest haben.

Rehl, 20. Juni. (Freibz. Ztg.) Der hiesige Postmeister und Eisenbahn-Amts-Vorstand C. L. v. erhielt von Seiten des Kaisers der Franzosen den Ehrenlegionsorden.

Stuttgart, 19. Juni. (W. St. A.) Heute ging die süddeutsche Buchhändlermesse zu Ende, auf der gegen 400 Firmen theils persönlich, theils durch ihre Kommissionsäre vertreten waren. In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung nahmen die Anwesenden die Verwaltungs- und Kassenerichte ihres Ausschusses entgegen und stellten sodann feste Normen in Beziehung auf den Expeditionsverkehr der süddeutschen Buchhandlungen fest. Für Regelung des Buchhandels mit Büchern und für einen entprechenden Schutz künstlerischer Erzeugnisse gegen Nachbildung durch Photographie wurden die geeigneten Schritte bei den Regierungen gethan. Die am Dienstag und Mittwoch Vormittag vorgenommenen Abrechnungen lieferten im Allgemeinen befriedigende Resultate.

München, 17. Juni. Die Abgeordneten-kammer, seither in ihren Ausschüssen und namentlich in dem für die neue Gesetzgebung vollauf beschäftigt, hielt heute nach fast dreiwöchentlicher Zwischendauer wieder eine öffentliche Sitzung. Der Präsident, Graf Hegenberg, gab einen Ueberblick über die Geschäftslage, worauf der Abg. Böck seinen Antrag auf Mitwirkung des Landtags bei Feststellung des Armeehaushalts motivirte. Er sagte u. A.: Nicht bloß das Steuerbewilligungsrecht, sondern auch das Menschenbewilligungsrecht sei von hoher konstitutioneller Bedeutung. Die Volksvertretung solle ihre direkte Mitwirkung bei Festsetzung nicht nur der Geld-, sondern auch der Blutsteuer, wie man sie genannt habe, festzuhalten suchen. Man brauche nicht zu fürchten, daß man dadurch zu sehr eingeschränkt werde: jedes Volk werde mit größter Bereitwilligkeit seine Söhne zur Verteidigung des Landes stellen; haben doch gerade die Völker am meisten es verspüren müssen, wenn der Feind in das Land kam; sie werden gerne und reichlich gewähren, was zu ihrer Selbständigkeit und Sicherheit noth thut; aber in beliebiger Weise solle nicht ausgehoben werden können; das Kapital an Arbeitskraft, das durch die Konstriktion okkupirt werde, sei

wohl noch größer, als die Geldsummen, die darauf verwendet werden müssen. Der Antrag wurde fast einstimmig dem betr. Ausschuss überwiesen. — Der Minister des Aeußern, Frhr. v. Schrenk, brachte heute eine Vorlage ein, betreffend die zwischen den Zollvereins-Staaten vereinbarte Konvention wegen Rückvergütung des für ins Zollvereins-Ausland ausgeführten Rübenzucker oder getrocknete Rüben erhobenen Zolls und wegen Ermäßigung des Eingangszolls auf ausländischen Zucker. — Zum morgigen Jahrestage der Schlacht von Waterloo finden hier mehrere Gedenkfeierlichkeiten statt.

Worms, 20. Juni. Nachdem die seit längerer Zeit darüber geführten Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird die 2. Brigade der 2. Division des 10. Bundes-Armee-Korps (beide Mecklenburg, Oldenburg und die Hansestädte) mit dem preussischen Jüdnadelgewehr bewaffnet werden.

Frankfurt, 20. Juni. In der heutigen Bundestags-Sitzung waren, bis auf den oldenburgischen, sämtliche Gesandte anwesend. Nachdem einige Vorträge über unbedeutende Festungsangelegenheiten und die Reklamations-Kommission über das Gesuch des Buchhändlers Korn in Nürnberg wegen Verlagsübernahme des Handelsgesetzbuches Bericht erstattet (der Antrag lautet ablehnend; die Abstimmung wurde aufgeschoben), wurde von Preußen die Beschleunigung der Beratung der Küstenschutz-Angelegenheit in Erinnerung gebracht. Die Erklärung der Bundesfestung Rastatt wurde gutgeheißen. Die übrigen Verhandlungsgegenstände bieten nicht das geringste Interesse.

Hannover, 18. Juni. (Zeit.) Der Sturz des Grafen Borries durch die Ritterschaften ist noch immer eine starke, wiewohl im Interesse einer gesunden Entwicklung der Dinge kaum erwünschte Möglichkeit. Aber die Ritter arbeiten daran aus Leibeshäften. Vor kurzem hatten sowohl der Graf Borries einerseits als die Grafen Platen und Kielmannsegg andererseits um ihre Entlassung gebeten, in der Absicht, eine Entscheidung herbeizuführen; aber beide Gesuche sind in Gnaden abgelehnt und die widerwilligen Amtsgenossen gezwungen worden, noch einmal, Grimm im Herzen, gemeinsam fortzuzuregieren.

Hamburg, 19. Juni. (H. Vh.) In einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft genehmigt derselbe mit ganz geringen Veränderungen die Vorlage der letztern in Betreff der Einführung der Zivilehe und behält sich über Einführung von Zivilstandsregistern eine besondere Vorlage vor.

Berlin, 19. Juni. Die hiesige amtliche Kommission für die Londoner Industrienausstellung hat an den preussischen Gewerbestand einen Aufruf erlassen, worin es u. A. heißt: „Im Allgemeinen wird mehr auf die Einföndung solcher Waaren Bedacht zu nehmen sein, die bei tüchtiger Ausführung zu einem verhältnismäßig billigen Preis geliefert werden können, als auf solche, deren Anfertigung zwar von besonderer Geschicklichkeit Zeugnis gibt, die aber doch nur zu ungewöhnlichen Preisen abzulassen sind.“ — Zu den am 21. d. M. hier beginnenden Wettrennen sind von 57 Besitzern 250 Pferde angemeldet worden. Mehrere Pferde erscheinen öfter auf den Listen. Im Ganzen werden etwa 130 Pferde sich wirklich an den Rennen beteiligen. — Eine Fraktion der fortgeschrittenen Partei, die am 15. d. einen „Wahlverein“ gebildet hat, stellt folgendes Programm auf: 1) Einführung des allgemeinen Stimmrechts, 2) Abschaffung des Dreiklassensystems, 3) geheime Abstimmung.

Dresden, 19. Juni. (Leipz. Z.) In der Spezialberatung über die Wahlreform-Entwürfe, die heute in der Zweiten Kammer begann, wurde die vorgeschlagene Verstärkung der Ersten Kammer gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die Vermehrung der Vertreter des Handels- und Fabrikstandes von 5 auf 10 ist von der Zweiten Kammer gegen 15 Stimmen angenommen worden.

Wien, 19. Juni. Die Ärzte haben der Kaiserin abermals den Aufenthalt im südlichen Klima angerathen. Sie wird daher Ende der Woche nach Korfu abreisen. — Die Wahl des Dr. Jelinka zum Bürgermeister, die vor einigen Tagen erfolgte, sagt der Vestsch zurückberufene englische Gesandtschaftssekretär Dunlop hat die Festlichkeiten, mit denen man ihn dort bei seinem Weggang auszeichnen wollte, abgelehnt.

Wien, 20. Juni. In der gestrigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses erhielt zunächst Staatsminister v. Schmerling das Wort zur Beantwortung dreier an ihn gerichteten Interpellationen. Die Anfrage des Abg. Lapenna, den Dalmatiner Landesausschuss betreffend, sei durch die Genehmigung der Aktivierung dieses Ausschusses von Seite Sr. Majestät erledigt. Die zweite, auf die Unterrichtssprache bezügliche Interpellation wird dahin beantwortet: daß die Regierung sich die Aufgabe gestellt habe, den verschiedenen Nationalitäten gerecht zu werden, ohne damit die Grenzen überschreiten zu wollen, welche durch die Forderungen der Kultur und der Wissenschaft gezogen würden. Auf Freytag'scher's Interpellation — Durchführung des Protestantengesetzes in Tyrol — entgegnet der Minister: Das Patent vom 8. April 1861 sei ausdrücklich auch für Tyrol und Vorarlberg erlassen worden. Aus letzterem Lande kam der Regierung keine Vorstellung wegen Abänderung oder gänzlicher Beseitigung des Gesetzes zu, wohl aber vom Tyroler Landtag. Die Gesetzworschläge, welche dieser Landtag gemacht habe, seien zurückgewiesen, von Sr. Majestät selbst abgelehnt worden. (Bravo!) Was die Aufreizungen in Vorarlberg (durch Makate r.) anbelange, habe die Regierung die entsprechenden Anordnungen getroffen; die §§. 300 und 302 des Strafgesetzbuchs würden rücksichtslos zur Anwendung gebracht werden. (Bravo!) Gleichzeitig sei eine Aufforderung in dieser Richtung an den Episkopat in Brixen erlassen worden (Bravo!) und ebenso an die Statthalterei von Tyrol. Es sei die Aufgabe der kirchlichen Behörden, hier im Einklang und im Ein-

verständnis mit der weltlichen Obrigkeit aufklärend und belehrend zu wirken; sie seien an die Einhaltung ihrer Pflicht gemahnt worden. (Anhaltender Beifall.) Das Protestantengesetz sei eine Zusammenfassung geltender Rechte, und enthalte eine Regelung der Verhältnisse, welche Sr. Majestät als oberster Schutzherr der protestantischen Kirche zugestanden habe. Es sei ein Gesetz, welches nur auf verfassungsmäßigem Wege aufgehoben oder modifiziert werden könne.

Herbst als Berichterstatter motivirt den Ausschussbericht über den Mühlfeld'schen Antrag. In der Generaldebatte nimmt zuerst Smolka das Wort. Das Gefühl der Feindseligkeit, ja nur der Bitterkeit, sei ihm und seinen Freunden fremd. (Bravo.) Durch wohlwollendes Entgegenkommen werden die entgegengesetzten Anschauungen und Meinungen einander näher gebracht. Wie er und seine Partei überzeugt seien, daß die Herren von der Gegenseite des Hauses streng und redlich mit der Sache meinten, so möchten die Gegner es auch von ihnen sein. Sie würden versöhnlich und einträchtig sein, aber kämpfen um jedes Haarbreit Autonomie; in diesem Sinne gelte das polnische Sprichwort: „Liebt euch wie Brüder, aber hadert wie die Juden.“ Die Autonomie, welche der Oktober gab, hat der Februar theilweise wieder genommen. Amalgamierungsprojekte sind unbedingt zu verwerfen: „Soll ich verpeißt werden, so ist es mir vollkommen gleich, ob vom Absolutismus oder Liberalismus.“ Vor dem Jahr 1848 hatten wir auch Autonomie. Seit jenem Jahr erkannte man die ungeheure Kraft, welche dem Nationalgeist innewohnt, aber als man das Banner der Nationalitätstreue aufpflanzte, täuschte man sich doch in vielen Dingen. Man glaubte den Apparat der Zentralisation anwenden zu müssen. Das Nationalitätsprinzip und die Autonomie seien aber heutzutage eine Macht, eine historische Macht, welcher man sich eben so wenig entgegenstellen könne, als seiner Zeit der Bevölkerung oder der Reformation. Möglichenfalls diejenigen, in deren Händen die Geschicke der Völker liegen, nicht das Unmögliche anstreben, und demselben schwere Opfer an ihren Völkern bringen. (Zur Linken gerichtet:) Sie waren nie in der Lage, eine herrschende Nationalität über sich zu haben; Sie haben nur eine Bureaukratie gehabt, die jede nationale Bewegung als Hoheverrath betrachtete und die verschiedenen Klassen der Gesellschaft gegen einander hegte. (Der Präsident fordert den Redner auf, bei der Sache zu bleiben.) Smolka: Seine Ausführungen scheinen ihm durch die Sache geboten; er werde indessen sogleich speziell auf die Mühlfeld'schen Anträge übergehen. In diesem Sinn habe er schon im Januar 1849 als Vorkämpfer gesprochen, und diese unsere Ueberzeugung wird immer in erster Linie und oben an stehen. Denn Galizien hat kompakte Nationalität, einen eigenen historischen Entwicklungsgang, ist endlich erst verhältnismäßig spät an Oesterreich gefallen. Durch alles Dies wird unsere Stellung in diesem Hause bedingt. Zu den Mühlfeld'schen Anträgen übergehend, erklärt der Redner: er sei über die Kompetenz des Reichsraths noch immer im Zweifel. Er habe gegen die Vorlage im Allgemeinen gestimmt; da aber einmal darüber entschieden sei, müsse er an der Verhandlung Theil nehmen. Wir sind, meine Herren, keine Reaktionäre und wollen der Reaktion nicht dienen, dafür bürgt unsere Vergangenheit, unser stetes Streben; denn von allen hier vertretenen Nationalitäten hat sicher keine so viel für Freiheit und Fortschritt gelitten wie eben wir. Man mag uns den Vorwurf des Separatismus. Versteht man hierunter das Verlangen nach Autonomie in der von mir angedeuteten Weise, dann nehmen wir den Vorwurf auf uns. Man möge aber nicht annehmen, daß er und seine Partei Polen wiederherstellen wollten. Das stellen sie Gott, der Vorsehung anheim. (Bravo!)

Redner verwarft seine Partei gegen den Vorwurf des Feudalismus, der Liberalität, des Ultramontanismus, der Konfessionsfreundschaft. Die Anträge des Abg. Mühlfeld betreffen Das, was man sonst Grundrechte nennt. Es wäre natürlich gewesen, diese in die Verfassung aufzunehmen, und es nimmt mich Wunder, daß der Hr. Staatsminister, der doch gewiß (in Frankfurt) 1848 für dieselben gestimmt hat, sie nicht aufnahm. Vielleicht wollte man eben hier Gelegenheit zu schönen Reden geben. Die Grundrechte von Kremser sind in jeder Buchhandlung zu haben, und durch Vorlesung eines Paragraphen desselben kann man sich auf's bequemste die Immortalität des Liberalismus erwerben. Wir werden aber hier nur Stückwerk schaffen, die Mühlfeld'schen Anträge nur als Gesetze, nicht als Verfassungsgeetze behandeln können, denn wir wissen noch immer nicht, wozu wir kompetent sind. Unsere Verfassungszustände sind noch nicht fest; sie sind noch im Gange, wir haben einen Gußmeister, nur geht der Guß langsam und spröde vor sich, und es kommen wenig brauchbare Materialien aus dem Mundloche hervor. (Unruhe und Lachen links.)

Präsident: Ich rufe den Redner zur Ordnung. Diese herausfordernde Weise ist der Würde des Hauses nicht angemessen. (Stürmisches Bravo links.) Wenn ich den zweiten Ordnungsruf werde ergehen lassen, so muß ich den Hrn. Redner bitten, sich niederzulegen.

Redner: Ich glaube ganz ruhig zu sprechen und nicht im mindesten aufreizend zu sein. (Links! Rechts! Bravo!) Sie werden mir zugeben, daß nicht Alles gut gemacht wird; davon zeugen die leeren Bänke. Es ist Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nicht Zustände bestehen, die mit dem konstitutionellen Leben unvereinbar sind. Wir hoffen, das Ministerium werde Mißbräuche in konstitutioneller Natur beseitigen. Hr. Mühlfeld scheint anderer Ansicht zu sein. In der Hauptsache bin ich ganz für seine Anträge. Im Jahr 1848 habe ich daran Theil genommen; ich habe seitdem meine Ansichten nicht geändert. Man nennt uns böhmische Dickhäuter; wir werden es auch in Sachen der Freiheit bleiben. Wir wissen, daß diese Gesetze nötig sind. Man hat bei uns unschuldige Vereine hintertrieben, wie die landwirtschaftlichen Vereine, wie der Verein des böhmischen Nationalmuseums. Es beschweren sich Abgeordnete, daß das Briefgeheimnis verletzt wird. Ich habe Briefe gesehen, die davon die Spuren tragen sollen. Es widerspricht meinem Gefühl, zu glauben, daß ein freisinniges Ministerium sich solcher Mittel bedienen sollte. Ich muß das Ministerium bitten, ein solches Kabinet, wenn

es besteht, aufzuheben oder wenigstens den Beamten zu sagen, daß sie geschickt seien. Es werden jetzt vom Ministerium dieselben Organe wie früher verwendet, und ohne eine Epuration der Organe wird es nicht besser werden.

So lange das ganze Amtswesen nicht reorganisiert ist, werden auch diese Gesetze nichts nützen; doch werden wir die Bildung eines Komitees unterstützen. Man hat gesagt, wir sind Ultramontane, Aristokraten. Palacky und Petrimo, meine Freunde, sind keine Katholiken. Ich bin ein einfacher Müllersohn und meine Familie war ehrlich bürgerlich; also begreife ich nicht, wie man mir solche Vorwürfe machen kann. Wir sind und werden unter allen Verhältnissen liberal bleiben. Wir und unsere Vorfahren sind für Gewissensfreiheit eingestanden. Die ersten Bestrebungen unserer Nationalität waren freiheitlich. Wie der Absolutismus bei uns wuchs, ist auch die Germanisation mitgekommen. Wir werfen stets die Frage der Kompetenz auf, damit der Reichsrath in seiner jetzigen Gestalt nicht in unsere Autonomie übergreife. Dies hätten wir nicht zu fürchten, wenn der Reichsrath vollständig würde. Man kann die Kompetenzfrage nicht vermeiden, ohne Regelung der Verfassungsfrage.

Es genügt uns nicht, wenn man unsere Nationalität in das Reich der Fabel verweist; nicht nur in der Kindertube sollen wir unsere Sprache sprechen dürfen. Es gibt keine souveränen Nationalitäten, oder wir sind es alle. Man habe heute die Pflege der Wissenschaften vorangestellt; man sagt, die deutsche Sprache ist die Sprache der Wissenschaft! Das ist die Gefahr, die uns droht. Wir haben Männer, auf die wir stolz sein können, wie Purkyně, Stoda, Nottanstky, aber sie waren nicht in der Lage, in unserer Sprache zu schreiben, weil der Staat Institutionen geschaffen hat, die voraussetzen, deutsch zu reden. Wir verlangen, daß die Gleichberechtigung in echter und loyaler Weise durchgeführt werde. Wenn aber alles Das im Zentrum (Wien) verhandelt wird, so können wir eine gerechte Berücksichtigung unserer Nationalität nie erwarten. Wir sehen, es ist einmal dem Menschen nicht gegeben, und keiner Nation gegeben, so gerecht zu sein gegen andere, wie sie es gegen sich ist. Wir wenigstens haben an den Deutschen diese traurige Erfahrung gemacht und machen sie leider alle Tage.

Präsident: Ich bitte, sich niederzulegen.

Redner: Ich appellire an das Haus, ob ich hier etwas Beleidigendes gesagt habe.

Präsident: Es ist beleidigend gegen die ganze deutsche Nationalität, wenn man ... (Bravo links.)

Redner: Ich appellire nach §. 36 der Geschäftsordnung an das Haus, ob es weiter ...

Präsident: Ich habe Ihnen einmal bereits das Wort gegeben zur Verteidigung, als ich Sie zur Ordnung rief; ein zweites Mal gebe ich es nicht. Hr. Kuranda hat das Wort.

Redner (mit erhobener Stimme): Nach §. 36 möge das Haus entscheiden, ob ich zu reden habe; ich erkläre feierlich, daß ich weit davon entfernt bin, eine Beleidigung gegen die deutsche Nation auszusprechen zu wollen, die eine der zivilisiersten und am reichsten begabten in Europa ist.

Präsident: Nach dieser Erklärung werde ich das hohe Haus befragen; vordem war ich es nicht im Stande. Gestattet das hohe Haus, daß Hr. Dr. Redner weiter spreche? (Bedeutende Majorität erhebt sich. Bravo von beiden Seiten.)

Redner: Meine Herren! Ich werde nicht weiter sprechen über die Nationalitätenfrage, ich sehe, daß die Redefreiheit hier in Ketten geschlagen ist. — Präsident: Zur Ordnung! Sie machen dem Präsidenten den Vorwurf, daß er die Redefreiheit unterschlägt; ich bitte, sich niederzulegen. — Redner: Ein Hoch der Redefreiheit, die im österreichischen Parlament gehandhabt wird. — Präsident: Ich rufe Sie zur — Redner: Ich rufe Sie zur Gerechtigkeit! — Präsident: Wenn sich der Redner des Anstandes und der Ruhe besinnen wird, dann werden solche Sentenzen nicht vorkommen. Hr. Kuranda hat das Wort. (Bravo und Lachen.)

(Schluß folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wests, 20. Juni. (Zeff. Bl.) Das Oberhaus hat heute die Adressen an den Kaiser und den Reichentwurf des Unterhauses einstimmig angenommen.

Italien.

Turin, 20. Juni. (Zeff. Bl.) Die offizielle „Gazetta“ erklärt den Brief des Ministers des Innern an den Gouverneur von Mailand in Bezug auf die in Mailand stattgehabten Ereignisse, welcher von mehreren österreichischen Blättern publiziert worden ist, für apokryph. — Die „Dynione“ meldet: „Die Note Frankreichs über die Anerkennung des Königreichs Italien ist gestern hier eingetroffen. Sie wird veröffentlicht werden, sobald die italienische Antwort zu Händen des Kaisers Napoleon gelangt sein wird.“

Turin, 20. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat den Gesetzentwurf wegen Einigung sämtlicher Staatsschulden mit 229 gegen 9 Stimmen votirt. Der Fürst Piombino wird Sonntag von dem König empfangen werden.

Rom, 16. Juni. (Zeff. Bl.) In Folge einer eskalanten nationalen Manifestation wurde das Theater geschlossen.

Rom, 18. Juni. (Zeff. Bl.) Eine Depesche von Paris zeigt dem Vatikan die faktische Anerkennung des Königreichs Italien an, wobei sich Frankreich alle Rechte reservirt. Letzteres bedauert die Nichtausführung des Züricher Vertrages und verspricht die unbestimmte Fortdauer der Besetzung Roms durch französische Truppen.

Frankreich.

Paris, 20. Juni. Der Kaiser hat den Ehrenanonus Abbe Crutic an Stelle des Pfarrers Deguery, der bekanntlich ablehnte, zum Bischof von Marseille ernannt. — Die Rede Favre's ist immer noch der Gegenstand lebhafter

Besprechungen in der Presse. Die Regierungsorgane nebst ihren Anhängern machen dem berühmten Redner natürlich den Krieg; alle andern stimmen ihm vollkommen bei, und freuen sich darüber, daß endlich wieder einmal ein so offenes Wort von der Tribüne gesprochen worden ist. Daß sie diese Zustimmung wie ihren Tadel gegen das Regierungssystem möglichst mit Baumwolle umwickeln, versteht sich von selbst. — „Patrie“ und „Pays“ theilen eine offizielle Note mit, welche die Behauptung des „Constitutionnel“, die Verwaltung habe den Herzog von Broglie um Nichtveröffentlichung seines später mit Beschlag belegten Werkes angegangen, als unfreiwilligen Irrthum bezeichnet. Das fragliche Werk sei, nach der gesetzlichen Vorschrift, ohne Angabe des Verfassers, auf dem Ministerium des Innern deponirt und später erst weggenommen und einer gerichtlichen Untersuchung unterzogen worden. — Man schreibt dem „Pays“ aus Rom, daß das Unwohlsein des Papstes noch stets dasselbe ist. Ein Fußfädel hält ihn in seinen Gemächern zurück und er empfängt nur die Personen, welche in dringenden Angelegenheiten sich mit ihm zu benehmen haben. Er geduldet nächstens für längere Zeit seine Sommerresidenz in Castel Gandolfo zu beziehen. — Hr. v. Clerq, der französ. Unterhändler für den Handelsvertrag mit dem Zollverein, soll Ende des Monats nach Berlin zurückkehren. — Prinz Napoleon trifft noch vor Ende Juni hier ein. — Man erwartet hier, bezugs der Anerkennung des Königreichs Italien, nur die Antwort aus Turin über die Annahme der von Frankreich gestellten Bedingungen. — Heute kam der Prozeß Mirès wieder vor. In Verbindung des Verteidigers Mathien beantragte dessen Kollege Marie eine abermalige Veratung der Verhandlung. Sie wurde von dem Gerichte bewilligt und der letzte Termin unwiderruflich auf den 27. festgelegt. Hr. Mirès beklagte sich bitter, daß man ihn bei seinen Arbeiten in den Bureaus der Rue Richelieu so genau beaufsichtigt habe, daß er nicht einmal ungehört mit seinen Verteidigern habe sprechen können. Er habe deshalb lieber auf diese Erlaubnis Verzicht geleistet. — 3proz. 67.85.

Spanien.

* Madrid, 19. Juni. Die „Madrid. Ztg.“ bringt eine Verordnung, wonach es den spanischen Häfen verboten ist, Korfaren auszurüsten, Kaperbriefe zuzulassen, Sachen, welche von Prisen herabzuheben, zu verkaufen, Kriegsmaterial zu transportieren, und Leute für den Dienst auf Kaperschiffen anzuwerben. Die strengste Neutralität soll beobachtet werden.

Belgien.

Brüssel, 16. Juni. (Fr. J.) Das Ministerium hat bei den letzten Kammerwahlen drei Stimmen verloren und ist mithin seine Majorität in der Repräsentantenkammer infolgedessen geschwächt, als es der äußersten Linken fortan leicht möglich sein wird, in einer politischen Frage mit der Minorität zu gehen und das Kabinett zu stürzen. Letzteres steht im Ganzen seit dem Austritt Frère-Orban's nur noch auf schwachen Füßen. — Die lästige Formalität der Papherpflichtung soll nächstens für Frankreich und Belgien abgeschafft werden.

Großbritannien.

London, 21. Juni. (Fr. Bl.) In der gestrigen Sitzung des Hauses der Gemeinen erklärte Lord J. Russell in seiner Antwort auf die Interpellation des Hrn. Griffith: daß er eine Mittheilung von französischen Gesandten erhalten habe, nach welcher die von den Gesandten Oesterreichs und Spaniens gemachte Proposition in allgemeinen Ausdrücken abgefaßt sei, und verlange, daß die katholischen Mächte in Bezug auf die weltliche Gewalt des Papstes in Uebereinstimmung handeln möchten; daß aber dieser allgemein und unbestimmt gehaltene Vorschlag abschlägig beantwortet sei. Lord J. Russell erinnerte daran, daß die weltliche Gewalt des Papstes ebensowohl durch England, Schweden und Preußen eingerichtet worden sei, als durch die katholischen Mächte.

Rußland und Polen.

Warschau, 19. Juni. Gestern wurden die Statuten für den künftigen Staatsrath publizirt. Das Militär ist von den Straßen und den öffentlichen Plätzen abgezogen; die Ressource wurde gestern, das Theater wird nächsten Samstag wieder eröffnet.

Polnische Grenze, 20. Juni. Der Staatsrath besteht aus Mitgliedern des Administrationsraths, ferner aus Berufenen vom Kaiser, dann aus Personen der höhern Geistlichkeit, den Spitzen der Gubernialregierungen und des landwirthschaftlichen Vereins. Die Befugnisse des Staatsraths sind: Prüfung und Begutachtung der neuen Gesetze, des Jahresbudgets, sämtlicher Berichte der Verwaltung und der Beschwerden gegen Beamte. Die Sitzungen sind geheim und bedarf die Veröffentlichung der gefaßten Beschlüsse durch den Druck der Genehmigung des Kaisers.

Polnische Grenze, 20. Juni. (Fr. Bl.) Der Gouverneur hat heute die Statuten über die Kreis- und Stadtgerichte veröffentlicht. Das Ganze ruht auf breiter Grundlage. Wählbar ist Jeder ohne Unterschied der Konfession und des Standes, sobald er 25 Jahre alt ist, nach einem niedrigen Census. Der Vorstand eines Kreises ist der Friedensrichter, der einer Stadt der Ortsvorsteher.

Für das Freiburger Programm. Ein Beitrag zur Lösung der deutschen Frage.

III. Preußen und Oesterreich.

Befolgen wir uns noch einmal in die Seele eines Mannes, dem es in der jetzigen Zeitlage nur um das Wohl des deutschen Volkes und Landes zu thun ist, welches nach den Bestrebungen Aller durch eine Kräftigung der Kriegsführung und Vertretung gegen das Ausland gefördert werden soll. Ihm wird der Triebgedanke und der Dualismusplan als dieser Sache an sich ganz fremd erscheinen, er wird es als natürlich und nöthig

finden, daß man an eine, alle Kräfte zusammenfassende Hand denke. Da er das Einmaleins kann, so macht er die eben so triviale als entscheidende Forderung: wenn es eine Hand sein muß, so kann nur eine Person in Frage kommen. Wer nicht geradezu anders will, kann mit diesem Satze erhaunlich weit kommen.

Wir haben in Deutschland zunächst zwei Konfessionen; Katholiken und Protestanten leben in ziemlich gleicher Gesammtheit neben einander; der eine Fürst aber, der ausgerechnet ist, kann doch nur entweder katholisch oder protestantisch sein. „Sollen wir nun darüber hadern?“ „Zu merken ist, wenn etwas für die Konfessionsverwandten darauf ankommt.“ „Aber es kommt nichts darauf an.“ „Dann können wir den Haber bei Seite stellen.“

Nein, darauf kommt gar nichts an! Die Befugnisse dieser nach unseren Vorschlägen einheitlich leitenden Hand sind diesem Gegenstande durchaus fremd. Allein wenn auch die politische Zentralgewalt im Sinne des Nationalvereins oder der deutsche Kaiser im Sinne der Reichsverfassung aufgerichtet würde, so wie so mit einem deutschen Parlamente neben sich, die für Deutschland unbedingt notwendige volle Parität der Konfession und gleichmäßig bestimmte Freiheit der Kirche gegenüber der Staatsgewalt würde durch das Belehntnis des an die Spitze gestellten Fürsten nicht in der geringsten Weise veräußert werden. Wenn Preußen mit seiner immerhin stärker eingetragenen Bevölkerung für sich in diese Situation bereits vollständig eingetreten ist, so wird sich doch auch Oesterreich unweigerlich in sie hineinbegeben müssen. Deshalb wird nur derjenige, welcher nicht alle Hintergedanken aufgeben mag, vielleicht doch einmal einen Hebel zu finden, um seine Kirche zur Herrschaft und unterdrückenden zu machen, diesem Haber einen Popanz für leichtgläubige Gemüther abgeben können.

„Nun aber haben wir ja mehr als dreißig einzelne, verfassungsbündige Bundesländer und an ihrer Spitze so viele Fürsten, wer soll da einen Vorzug finden?“ — „Jedenfalls muß ihn aber doch einer finden.“

Es gibt einen wahrhaft drastischen Beleg für unsere ganze Erörterung, und wir sind überzeugt, er wird allgemein als vollständig anerkannt werden. Man gehe in dieses und jenes deutsche Land, stelle sich vor alle Leute, welche von einer einheitlichen Führung und Vertretung des deutschen Volkes gegen das Ausland Nichts wissen wollen und mindestens eine dualistische Zersplitterung der Triasleitung befürworten, und erkläre es als sicher und gewiß, daß gerade der Fürst des betreffenden Landes selbst als der Eine von allen übrigen auszuweisen sei — und jeder Widerstand wird verschwinden sein, man wird der neuen Einrichtung ihre entschiedenen günstigen Seiten für das große Vaterland sofort abzugewinnen vermögen. Zweifelt Jemand im Ernste an der vollen Wahrheit dieser Annahme? Und ist es etwa anders mit der Annahme, daß so Viele die heftige Befehdung eines ganzen Programms in größtes Lob verkehren würden, wenn man an die Hauptstelle statt des einen den andern Landesnamen setzen würde?

„Aber die Sympathien und Antipathien sind nun doch da?“ Wahrlich, es ist über alle Maßen bedauerlich, mit welcher Unbefangenheit so viele Männer in einem Athem ihre mächtige Liebe zu dem einen großen deutschen Vaterland in Versen und in Prosa bekennen und zugleich ihre außerordentliche Abneigung gegen diesen oder jenen deutschen Volksstamm ausgesprochen und schließlich, eine Abneigung nicht wie gegen einzelne Menschen, die man persönlich kennt und unliebsam gefunden hat, sondern wie gegen ein fremdes Volk als fremdes, je nach Umständen feindliches Volk! Und doch kommt bei genauerem Nachsehen ein Volkscharakter als „Eodpreuße“, „Eodbayer“ u. s. w. zum Vorschein, für welchen nur kleine Landstriche die passenden Individuen stellen! Ist es denn nicht für Jeden eine wichtige Lehre, daß eben alle einzelnen Volksstämme Antipathien bei den andern vorfinden? Denn wahrlich, wir Deutschen gleichen einer Familie von vielen starken Charakteren, aber auch feindlichen Brüdern, eben deshalb wird und muß uns aber doch auch gleich leidlichen Brüdern die Ehre, Macht und Erhaltung des Hauses gegen Alle, die nicht zu ihm gehören, wie ein über jedem innern Haber stehendes Lebensgesetz vor Augen und im Herzen geschrieben sein.

Es ist natürlich genug, daß gegenwärtig und in den letzten Jahren die partikularistischen Sympathien und Antipathien in Süddeutschland so stark für Oesterreich und gegen Preußen aufgeregt worden sind. Wirde z. B. der König von Bayern oder selbst der Kaiser von Oesterreich in ähnlicher Weise vielseitig zu einer Führerschaft in Deutschland bestrebt sein, wie das mit dem König von Preußen geschehen ist, so würden ganz andere Schwingungen der öffentlichen Meinung gehört worden sein. Heutzutage können wir allerdings nicht in Zweifel ziehen, daß der sympathische und antipathische Partikularismus in einzelnen Leuten sich selbst dahin verfliegen hat, daß sie nicht bloß in ihre innersten Herzengedanken, sondern sogar in den Mund des Sag nehmen mögen: „Zuerst und in Allem Oesterreich — hernach Deutschland“ — und den andern: „Lieber mit Frankreich, als mit Preußen.“ Allein eine solche trankene Exaltation in landstremden oder politisch-heimathlosen Leuten wirkt gewiß nur wie die Trunkenheit des Delotens in den Augen der Spartaner, abschreckend durch das Widerliche, beherrschend für den eigentlichen Bürger. Es ist mit voller Sicherheit zu erwarten, daß auch in Süddeutschland mit jedem Tage die Zahl der Männer wächst, welche einer so oder so geneigten Gemüthsstimmung Schweigen gebieten können und entschlossen sind, in Allem, was die Ehre und die Macht des deutschen Vaterlandes anbelangt, nicht nur die Einsicht für das sachliche Empfohlene durchaus frei und offen zu erhalten, sondern auch mit einem entschiedenen Willen für das als richtig Erkannte einzutreten.

Gerade von diesem Geiste ist in dieser wichtigen Frage die Versammlung Freiburger Einwohner am 6. Juni durchdrungen gewesen. Wir haben uns eingesehen müssen, daß es innerhalb unserer gegenwärtigen Lebenszustände in Deutschland rein thöricht ist, sich auch nur einen Augenblick lang in eine Art voller Freiheit der Wahl hineinzutraumeln, und daß man hier einfach nur zwischen einer Entscheidung für Oesterreich oder für Preußen überhaupt abwägen Veranlassung finden könne. Indem sich die Versammlung für Preußen aussprach, übte die große Mehrzahl der Anwesenden einen männlichen Verzicht auf alle partikularistische Gemüthsbestimmung; in diesem müthigen Verzicht liegt ihre besondere Bedeutung für Süddeutschland. Die Gründe, von welchen sich ihr für Deutschlands Wohl entschiedener Wille bestimmen ließ, sind in der That rein sachlicher Natur.

Oesterreich umfaßt gegenwärtig etwa 11,750 deutsche □ Meilen mit 35 1/2 Millionen Menschen. Davon kommen auf die deutschen Bundesländer nur 3580 □ Meilen, also noch nicht der dritte Theil des Gebiets mit etwa 13 1/2 Millionen Menschen oder etwas über den dritten Theil der Gesammbevölkerung. Aber die gesammte nationale deutsche Bevölkerung Oesterreichs beträgt nur 1/3 der Gesammbevölkerung, und in den zum Deutschen Bunde gehörigen Ländern gibt es noch nicht 6 1/2 Millionen Deutsche unter einer noch etwas stärkeren Zahl andern Stammes und neben 29 Millionen andern Stammes in Gesammösterreich!

Aus dieser unbestreitbaren Thatsache ergibt sich die unbestreitbare Wahrheit, daß, was Land und Leute anbelangt, Oesterreich weit überwiegend eine außerdeutsche und nichtdeutsche europäische Großmacht ist, eine Großmacht, die eben deshalb ihre eigenthümlichen politischen Konflikte, Gesichtspunkte und Kämpfer hat und haben muß.

Es würde nun aber auch die größte Beschränktheit des Urtheils bekunden, wenn man einen Augenblick das Belehntnis verweigern wollte, daß die in der letzten Zeit vollzogene Einführung der konstitutionellen Staatsform in Oesterreich der dortigen Regierung eine nur und immer deutsche Richtung und Haltung der Politik zweimal unmöglich macht. Wir mögen dieser freihheitlichen Entwicklung in dem so lange entschieden absolutistisch regierten Staate ein noch so lautes Glück auf! zuzurufen, es wird ebendadurch der spezifisch-oesterreichische Charakter des Reichs in Thun und Lassen, also unter Umständen auch gegen die Interessen Deutschlands, außerordentlich verstärkt hervortreten. In dem absolutistischen Oesterreich konnte die deutsche Dynastie die Politik nach ihrem Willen lenken; das konstitutionelle Oesterreich bedeutet: mitentscheidende Theilnahme der so weitläufig überwiegend, selbst im deutschen Bundesgebiet noch überwiegend nichtdeutschen Bevölkerung. Und wo ebendrei in der oesterreichischen Bevölkerung die politische Energie ist, das haben längst die 5 Millionen Magyaren gegenüber den 6 Millionen Deutschen bewiesen.

Dagegen ist es Jedermann bekannt, daß selbst die außerhalb des deutschen Bundesverbandes belassenen Provinzen Preußens (etwa 1/3 seines Gebiets und nicht 1/4 seiner Bevölkerung) thatsächlich doch zu Deutschland gehören, daß von den 18 Millionen Einwohnern Preußens nahezu 7/10 deutschen Stammes sind, daß auch der größte mitteldeutsche Staat Bayern nur 1/4 dieser Bevölkerung aufweist, daß doch auch Preußen für seinen Fortbestand und gegenüber seinen natürlichen Feinden ebensowohl auf das übrige Deutschland verweisen ist, wie dieses auf jenes u. s. w.

Wenn diese Thatsachen von Niemandem umgestoßen werden können, so unterscheiden sich wenigstens Alle, denen es wahrhaft ernst um das Wohl Deutschlands in dieser schweren Zeit zu thun ist, nur dadurch: ob sie denselben Rechnung tragen wollen, oder nicht. Wir haben ihnen Rechnung getragen und deshalb das offene entscheidende Wort zu Gunsten Preußens nicht zurückgehalten. In eben jener Weise unterscheiden sich aber auch die verständigen und die unverständigen Freunde Oesterreichs. Deutschland muß nach außen hin durch eine einheitliche Führung erstarken und Oesterreich darf das um seiner selbst und seiner vielbedrohten Zukunft nicht hindern. Es ist heute unter vielen empfindlichen „oesterreichischen Gemüthern“ ein Eifer im Schwünge, der auf das Haar an den für Oesterreich so grundverderblichen Eifer erinnert, welcher 1859 „kein Mittelchen von dem vertragmäßig erworbenen Recht Oesterreichs in Italien aufzugeben“ wissen wollte, der das Losflärmen über den Teufel forderte zc. zc. Wenn auf irgend Etwas, so macht das Freiburger Programm darauf Anspruch, eine eben so entscheidende als verständige Stimme zu Gunsten Oesterreichs geltend gemacht zu haben, allerdings unter gleichzeitiger bestimmtem Festhalten des zum nationalen Wohle Deutschlands Nothwendigen. Gerade hier liegt einer der wesentlichsten Differenzpunkte von den wenigstens bis jetzt hervorgetretenen Zielen des Nationalvereins. Wir haben wohl, daß innerhalb des Nationalvereins einer kleindeutschen Fraktion — welche die deutsch-oesterreichischen Länder von dem unter preussischer Führung geeinigten deutschen Bundesstaat auscheiden und bei dem mit jenem Deutschland nur verbündeten Gesammösterreich belassen will — auch eine großdeutsche Fraktion gegenübersteht, welche den Eintritt der deutsch-oesterreichischen Länder in eben jenen deutschen Bundesstaat von Oesterreich hinweg verlangt. Allein das Ziel der letzteren ist offenbar nur durch eine bedeutende Schwächung Deutschlands, das Ziel der letzteren nur durch den Zerfall Oesterreichs möglich. Die Kundgebung in dem Freiburger Programm ist von dem Gedanken bestimmt, daß eine nationale Erstarkung Deutschlands möglich gemacht werden könne ohne jede Schwächung des deutschen Bundesgebietes und ohne Schwächung des Fortbestandes Oesterreichs, ja ohne eine für die Würde einer Großmacht empfindliche Zumuthung an Oesterreich. Man überfah nicht, wie sichtbar es für Oesterreich sein müßte, wenn das national erstarkte Deutschland eine Garantie für das gesammte Ländergebiet des Kaiserstaates übernehmen werde. Allein ein solcher Akt, ein thatsächliches Ziel der Politik, kann Gegenstand einer Uebereinkunft sein, nicht aber eines Grundgesetzes, außer mit der Folge, daß Gesammösterreich als in den Deutschen Bund aufgenommen erschiene, eine Folge, über deren nähere Betrachtung wir hier weiter kein Wort zu verlieren brauchen.

Vermischte Nachrichten.

4 Stausen, 20. Juni. Die Genernte hat begonnen und das Ergebnis wird beim besten Willen eingebracht. Einige Wiesenbesitzer sind mit der Quantität ganz wohl zufrieden, Andere weniger; darin aber stimmen Alle mit einander überein, daß das Futter sehr kräftig geworden sei und viel besser ausfällt, als das vorjährige, die Güte somit die Menge ersetzt. Auch die Samen der Rebsäde haben sich bei der frühbaren Witterung in kurzer Zeit gestreckt und ausgebeutet; die Traubenblüthe ist jetzt schon eingetreten, wohl 14 Tage früher als 1860. Bezüglich der Menge der Samen erklären sich die Nebenbesitzer, namentlich in Weinbergen, zufrieden; weniger die in der Ebene.

Zur großen Befriedigung des Publikums ist endlich auch eine Anstalt dahier ermöglicht worden, die zu Bädern in dem so reinlichen, erfrischenden Neumagenwasser Gelegenheit gibt, und sich eines großen Zuspruches erfreuen wird, namentlich wenn die Sommerwärme bleiben sollte, wie sie jetzt ist.

Paris, 20. Juni. Der „Moniteur“ bringt einen Bericht über den gestrigen Auszug des Kaisers nach Aïsse-Sainte-Reine. Sr. Majestät war von den Akademikern Merimee, v. Sausley und M. Maury, sowie von General Fleury und dem Kommandanten v. Bassart begleitet. In Aïsse-Sainte-Reine angekommen, wurde er von General Greuly und den Geographen G. Key, A. Bertrand und A. Jacobs empfangen und begab sich mit diesem Gefolge nach den verschiedenen Punkten, an welchen Ausgrabungen stattfinden. Auf dem Berg Aurois, vom welchem man das ganze Land übersehen kann, las der Kaiser die Stelle in „Gäsar's Kommentarien“, welche die Belagerung von Aïsse erzählt, und fand, daß die darin enthaltenen Details ganz mit der Vertlichkeit übereinstimmen. Sr. Majestät verweilte 3 Stunden auf der Inspektion des Terrains und kehrte sodann nach Fontainebleau zurück. [Besonders hat der habsbische General v. Göler das Nähere über diesen historischen Ort festgestellt.]

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

*) Siehe „Karler. Ztg.“ Nr. 139, 142 und 144.

U. 753. Heidelberg. Freunden, Bekannten und auswärtigen Verwandten widme ich, zugleich im Namen meiner Angehörigen und hiesigen Verwandten, die Nachricht, daß meine liebe Mutter, Marie Meder, geb. Nays, und heute Abend im Alter von 76 Jahren durch den Tod entrißen worden ist.
Heidelberg, den 20. Juni 1861.
Georg Meder, Kunsthändler.

U. 751. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Künftigen Sonntag den 23. d. M. wird eine Extrafahrt zwischen hier und Baden mit Anhalten in Eisingen, Rastatt und Dax abgehalten werden, deren Abgang von Karlsruhe auf 8 Uhr 30 Min. und von Baden um 10 Uhr 30 Min. Abends festgesetzt ist.
Karlsruhe, den 20. Juni 1861.
Direktion der großh. Verkehrs-Anstalten.
Zimmer.

U. 348. Nr. 261. Karlsruhe.
Aufforderung.
Nach Vorchrift der Stiftungsurkunde des verlebten Elias Borerer vom 19. Januar 1819 sollen die aus dem Stiftungskapital von 6000 fl. den 23. April 1863 fällig werdenden Zinsen zur Aussteuer eines armen Mädchens aus der Verwandtschaft des seligen Stifter verwendet werden.
Die hienach geeigneten Bewerberinnen werden daher aufgefordert, sich mit ihren desfallsigen Gesuchen, unter Anfügung obigen Zeugnisse über ihre Vermögensumstände, ihr Alter, sittliches Betragen und ihre Verwandtschaftsverhältnisse zu dem sel. Stifter, binnen 6 Wochen anher zu melden.
Karlsruhe, den 10. Juni 1861.
Synagogenrath.

U. 709. Die zweite Auflage von
Hans Wachenhusen's Freischaaren u. Royalisten.
Sicilianisches Tagebuch.
Preis 2 fl. 6 kr.
ist so eben erschienen. Das Buch enthält eine überaus lebhaft und interessante Schilderung des Garibaldi'schen Freischaarenzuges, des Einzuges in Neapel, der Eroberung Umbriens und der Marken, überhaupt ein treues Bild der italienischen Kriegsgeschichte.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.
Verlags-Comptoir in Berlin, Leipzigerstraße 22.
Vorwärts in A. Dieckhoff's
Karlsruhe. Postbuchhandlung.

U. 750. **Die Zeit**
erscheint seitens des 1. Juli wie bisher täglich zweimal, jedesmal in einem vollen Bogen, nach Bedürfnis auch noch stärker und in Extrablättern, herausgegeben unter Mitwirkung der Herren L. Häuffer, G. Krieger, D. Strauß und C. Zeller von A. Lammer's. In ihrem politisch-wirtschaftlichen Haupttheil wird sie in der bisherigen Weise fortfahren, an den liberalen und nationalen Reformbestrebungen in Deutschland thätigen Antheil zu nehmen; in einer täglich erscheinenden Beilage aber und besonders in ihrem Feuilleton, das unter der Leitung von Dr. Th. Creizenach bleibt, auch den wissenschaftlichen, literarischen und ästhetischen Interessen ihrer Leser zu dienen suchen. Um die Zeitung rechtzeitig und in vollständigen Exemplaren liefern zu können, wird um baldigste Bestellung ersucht. Preis in Frankfurt vierteljährlich 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr. südd. Währung, im Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postbezirk 4 fl. 35 kr. und im Gebiete des deutsch-österreichischen Postvereins 5 fl. 8 kr. Anzeigen werden mit 7 fr. (2 Sgr.) die dreispaltige Kleinzeile oder deren Raum berechnet. Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

U. 631. Bruchsal. Die Ver-
sammlung der badischen Anwälte
findet am Samstag den 29. Juni, Vorm.
10 Uhr, im Rathhaussaale zu Baden statt.

Commissagesuch.
U. 711. Ein angegebener Commis oder ein Volontär wird in einem Manufakturwaaren-Geschäft gesucht. Adresse ertheilt die Expedition dieses Blattes.
U. 752. Nr. 1955. Karlsruhe.
Ein Kellner,
welchem in Betreff seiner Solidität und Gewandtheit im Geschäft die besten Zeugnisse zur Seite liegen, wünscht eine passende Stelle durch das
Kommissions-Bureau von J. Scharp
in Karlsruhe.

U. 576. Mannheim.
Offene Lehrstelle.
In einem Handlungshause in Mannheim ist für einen geistlichen jungen Mann eine Lehrstelle offen. Kost und Logis gegen billige Vergütung im Hause des Prinzipals. Näheres unter Chiffre F. K. Nr. 350 poste restante Mannheim.

U. 754. Leonberg bei Stuttgart.
Fässerverkauf.
Ich habe 17 neue, aus sehr starkem Holz gefertigte, je 4 Eimer haltende, runde Fässer zu verkaufen. Auch kann ich über 80 Eimer schon gebrauchte, in Eisen gebundene Bierfässer, die 4 und 5 Eimer halten und verkauft werden, nähere Auskunft geben.
G. Bollacher, Küfermeister
in Leonberg bei Stuttgart.

U. 633. Karlsruhe.
Rechtes Persisches Insektenpulver
zur sichern Vertilgung aller, die Wohnungen, Möbel, Betten, Kleider und den Körper belästigenden Insekten wird in Flaschen mit meinem Namen und Siegel versehen (ohne welche man keinen andern wichtigen Pulver Glauben schenken wolle), sowohl einzeln, als auch in Partien zum Wiederverkauf, abgegeben.
Couradin Saagal.

Schweizer Staats-Anlehen des Cantons Freiburg
in Loosen zu 7 Gulden = 4 Thlr. Preuß. Courant.
Jährlich 3 Serien, und 3 Gewinn-Ziehungen. Gewinne: Fr. 60,000, 50,000, 40,000, 30,000, 20,000 etc., zahlbar in Frankfurt a. M.
Diese Loose, welche als solide Kapitalanlage sehr geeignet sind, und beim Herannahen der Ziehung bedeutend steigen dürften, empfehlen wir zur geneigten Abnahme, und erlassen solche einzeln à fl. 7 oder Thlr. 4 Preuß. Courant und in Partien mit entsprechendem Rabatt. — Verlosungspläne gratis.
Briefe und Gelder werden franco erbeten!
S. E. Fuld & Co.,
Bank- und Wechselgeschäft,
Frankfurt a. M.

U. 244.
Pfandgerichtsbezirk Müllen.
Gläubigeraufruf.
Die Vereinigung der Grund- und Pfandbücher von Müllen betreffend.
Auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860 (Reg. Bl. Nr. 30, Seite 214) und der Vollzugsverordnung vom 30. November 1860 (Reg. Bl. Nr. 63) werden die unten genannten Gläubiger und beziehungsweise deren Rechtsnachfolger, öffentlich aufgefordert, ihre in der unten folgenden Tabelle, genannten Einträge von Grund- und Pfandbüchern, wenn dieselben noch Gültigkeit haben, binnen sechs Monaten erneuern zu lassen, widrigenfalls dieselben auf Grund des Art. 4 des genannten Gesetzes gestrichen werden.
Müllen, Oberamts Offenburg, am 28. Mai 1861.
Das Pfandgericht.
Junfer.

Auszug aus dem Verzeichniß
der über dreißig Jahre alten Einträge in den Grund- und Pfandbüchern der Gemeinde Müllen, Oberamts Offenburg.

Ordnungs-Nr.	Datum des Eintrags.	Stelle des Eintrags.		Namen, Stand und Wohnort des Schuldners und seiner Rechtsnachfolger.	Namen, Stand und Wohnort des Gläubigers und seiner Rechtsnachfolger.	Betrag der Forderung.	Rechtsgrund der Forderung.
		Grundbuch.	Pfandbuch.				
		Band.	Seite.			fl.	kr.
1	1819 17. Nov.	—	—	1	Gemeinde Müllen,	1400	Darlehen.
2	1819 2. Dez.	—	—	5	Kniebühler, Karl, von Haslach,	200	do.
3	1821 20. März	—	—	8	Jäger, Mathias, Schmied hier,	450	do.
5	1821 5. Jan.	—	—	13	Wier, Georg, Landw. hier,	200	do.
6	1822 4. Apr.	—	—	15	Gebhardt, Andreas, jg., Eheleute hier,	550	richtig.
7	1822 19. Apr.	—	—	16	Wurth, Jakob, von hier,	200	Darlehen.
8	1822 19. Nov.	—	—	18	Wier, Philipp, Eheleute hier,	200	do.
9	1823 15. Jan.	—	—	20	Wurth, Jakob, Eheleute hier,	200	do.
10	1823 5. Mai	—	—	23	Wier, Georg, Eheleute hier,	150	do.
11	1823 30. Nov.	—	—	37	Wurth, Sebast., Schneider hier,	400	Verwaltung.
12	1824 22. Jan.	—	—	39	Gebhardt, Andreas, alt, hier,	400	Darlehen.
13	1824 22. März	—	—	41	Jäger, Mathias, Schmied hier,	300	do.
14	1824 28. Juni	—	—	52	Heiß, Franz Josef, Eheleute hier,	1436	do.
17	1824 28. Okt.	—	—	58	Wurth, Andreas, Wagner hier,	500	Verbringen.
18	1825 2. Dez.	—	—	61	Zint, Konrad, Schneider hier,	150	Darlehen.
19	1826 3. Jan.	—	—	65	Wurth, Jakob, Eheleute hier,	104	do.
20	1826 5. Febr.	—	—	71	Braun, Josef, Bauer hier,	350	Verbringen.
21	1826 10. Apr.	—	—	77	Heiß, Michael, Eheleute hier,	200	Darlehen.
23	1827 21. Febr.	—	—	88	Gebhardt, Andreas, Eheleute hier,	296	richtig.
24	1827 3. Mai	—	—	94	Gebhardt, Andreas, Ehefrau hier,	138	do.
25	1827 3. Mai	—	—	95	Dieselbe,	315	do.
26	1827 14. Okt.	—	—	98	Klein, Franz, Zimmermann hier,	54	34
27	1827 17. Dez.	—	—	99	Jäger, Mathias, Schmied hier,	300	Darlehen.
28	1827 21. Dez.	—	—	102	Heiß, Franz Josef, Eheleute hier,	170	do.
29	1828 22. Febr.	—	—	104	Wier, Philipp, Eheleute hier,	150	do.
30	1828 11. Apr.	—	—	108	Burger, Jakob, Wb. hier,	110	do.
34	1830 15. Juni	—	—	144	Burger, Paul, hier,	110	do.
37	1830 15. Juni	—	—	1	Burger, Andreas, hier,	100	Kauf.
37	1819 23. Mai	1	3	Röming, Augustin, hier,	431	do.	
38	1819 30. Dez.	1	3	Dieselbe,	102	do.	
39	1819 30. Dez.	1	5	Junfer, Michael, hier,	285	do.	
53	1820 28. Aug.	1	30	Schnebel, Jakob, alt, von Altenheim,	400	do.	
56	1820 28. Aug.	1	43	Klein, Josef, hier,	25	30	
57	1821 21. März	1	44	Wier, Philipp, hier,	100	do.	
60	1821 25. Juni	1	48	Kniebühler, Josef, hier,	400	do.	
61	1822 6. Febr.	1	50	Wurth, Andreas, von Altenheim,	200	do.	
63	1823 16. März	1	56	Bahr, Hieronymus, hier,	174	do.	
64	—	1	58. 68	Schullehrer Marr Kistner hier,	180	do.	
65	—	1	60. 62. 70	Gebhardt, Michael, Landw. hier,	41	do.	
66	—	1	64	Wier, Georg, hier,	70	do.	
67	—	1	66	Röming, Augustin, Wb. hier,	151	do.	
68	—	1	74	Wurth, Andreas, Wagner hier,	43	do.	
69	—	1	76	Gemeinde Müllen,	71	do.	
70	—	1	78	Braunlein, Josef, Landwirth hier,	164	do.	
71	—	1	79	Baur, Andreas, von Altenheim,	308	do.	
73	1823 28. Apr.	1	84	Gebhardt, Michael, Landwirth hier,	826	do.	
74	—	1	89	Gebhardt, Andreas, jg., Frau hier,	90	do.	
75	1823 6. Mai	1	92	Baumgärtner, Feller, hier,	81	do.	
76	—	1	94	Röming, Augustin, Wb. hier,	66	do.	
78	—	1	96. 98. 100	Junfer, Andreas, hier,	135	do.	
80	1824 31. Mai	1	105	Junfer, Andreas, hier,	936	do.	
81	1824 17. Nov.	1	109	Küffel, Theobald, von Altenheim,	60	do.	
82	1824 21. Dez.	1	111	Bahr, Hieronymus, von hier,	1000	do.	
83	—	1	113	Junfer, Georg, Landwirth hier,	202	do.	
84	—	1	115	Wurth, Sebastian, hier,	270	do.	
85	—	1	117	Wurth, Andreas, hier,	403	do.	
86	—	1	119	Gebhardt, Johannes, hier,	80	do.	
87	—	1	121	Baumgärtner, Feller, hier,	187	do.	
88	1825 2. Mai	1	123	Braunlein, Josef, hier,	110	do.	
89	—	1	125	Zint, Konrad, hier,	350	do.	
90	1826 13. März	1	127	Gebhardt, Johann, hier,	1000	do.	
91	1827 22. Jan.	1	130	Stubenwirth Lecht in Altenheim,	290	do.	
92	—	1	134	Junfer, Georg, hier,	172	do.	
93	1827 4. Febr.	1	136	Wurth, Andreas, hier,	260	Kauf.	
94	1827 4. März	1	139	Gebhardt, Johannes,	70	Kauf.	
95	1828 23. Jan.	1	141	Dieselbe,	222	do.	
96	1828 10. März	1	143	Sattler, Christian, in Altenheim,	200	do.	
98	1828 1. Juli	1	147	Röming, Florentin, hier,	231	do.	
99	1828 4. Dez.	1	149	Trumfolds, Johannes, in Altenheim,	200	do.	
101	1829 8. Apr.	1	153	Serret, Johannes, hier,	975	do.	
101	1829 6. Mai	1	156	Stubenwirth Lecht in Altenheim,	150	do.	
104	1829 11. Dez.	1	160	Braunlein, Josef, hier,	400	do.	
105	1829 12. Dez.	1	162	Serret, Johannes, hier,	390	do.	
106	1829 23. Dez.	1	164	Serret, David, von Altenheim,	320	do.	
107	1830 4. Jan.	1	166	Gebhardt, Friedrich, hier,	50	do.	
108	1830 13. Jan.	1	168	Schnebel, Josef, alt, von Altenheim,	350	do.	
110	1830 31. März	1	172	Braunlein, Josef, hier,	280	do.	
111	1830 10. Mai	1	174	Serret, Johannes, hier,	90	do.	
112	—	1	176	Röming, Florentin, hier,	26	do.	
113	1830 10. Nov.	1	178	Junfer, David, in Altenheim,	310	do.	
114	1830 14. Nov.	1	180	Dieselbe,	350	do.	